



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/136 - 16.6.1955

Einweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Zehn Jahre UNO	S. 1
Pariser Eche der Kanzler-Eile	S. 5
Revidierte Betriebsratswahl in Hagen-Haspe	S. 5
Abfahr für den "Rheinischen Merkur"	S. 5

UNO - Stätte ständiger Weltbegegnung

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

In diesen Tagen versammeln sich in San Francisco an der Westküste Nordamerikas Staatsmänner, Volksvertreter und Diplomaten aller Welt, um die ersten zehn Jahre der Vereinten Nationen zu feiern. Zehn Jahre stellen ein etwas respektableres Alter dar, als die fünf Jahre im Leben der Montar-Union, die neulich mit Pomp und Ehrenbezeugung von den großen Europäern von "damals" gefeiert wurde. Einen Anlass zu besonderen Feiern bietet auch zehn Jahre nicht, wohl aber zu Erwägungen darüber, ob unsere heutige Welt durch die Vereinten Nationen in zwischenstaatlichen Angelegenheiten weiter gekommen sei, als die Vorkriegswelt.

Das Wesen der Demokratie, ihr Geheimnis, ist die freie Aussprache, die "Kommunikation" im Sinne des bedeutsamen Werkes von Karl Jaspers "Der Philosophische Glaube" (1947). Ihre technische Errungenschaft ist die Herstellung von Stätten der Begegnung für die Aussprache, Parlamenten und Bürgerschaften, und von Ordnungssystemen für die repräsentative Gestaltung der Aussprache. Der Beitrag der Sozialdemokratie zu der Vervollkommnung der Demokratie ist, einerseits, die Heranziehung der historisch nicht-privilegierten Schichten zu dieser Aussprache und, andererseits, die Erweiterung des Gebietes der Aussprache auf alle Anliegen menschlicher Gemeinschaft.

16.6.1955

Die Schwäche der Demokratie, und der Demokratien, ist das Fehlen ausreichender Entwicklungsvorgänge in der Behandlung zwischenstaatlicher Angelegenheiten. Im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts wurde zwar die technisch bedingte Annäherung unter den Völkern, zunächst in der Kommunikation durch Post und Telegraph, in entsprechende internationale Behörden praktisch demokratisiert. Die Satzung des Völkerbundes vom Jahre 1919 sollte sogar diese Demokratisierung zwischenstaatlicher Anliegen in einer Stätte der ständigen Begegnung, nämlich in Genf, zusammenführen. Hier wurde die fehlerhafte demokratische Entwicklung der Einzelstaaten zum Verhängnis. Nicht einmal auf dem Gebiete des internationalen Gesundheitswesens gelang es dem Völkerbund, die sachlich interessierten Kräfte der Menschheit voll zusammenzuführen.

Als Stätte der Begegnung bedeuten nun die Vereinten Nationen einen entschiedenen Fortschritt. Das Bild irgend einer Versammlung oder Kommission am Hauptstutz in New York oder in den verschiedenen Zweigniederlassungen von Genf zeigt schon rein äußerlich, wie die internationale Aussprache hier voller und wuchtiger als jemals zuvor zur Entfaltung kommt. In den Gremien des Völkerbundes und in den internationalen Konferenzen der letzten hundert Jahre waren Vertreter der unterworfenen oder von vornherein unterlegenen Völker höchstens geduldete Gäste. Das hat sich in den letzten zehn Jahren geändert und wurde bestätigt auf der kürzlichen asiatisch-afrikanischen Konferenz zu Bandung in Indonesien, deren Entschliessungen sich eindeutig auf die Vereinten Nationen bezogen und sich innerhalb deren Rahmen hielten. Zehn Jahre praktische Erfahrung haben die ehemals unterworfenen, die immer noch abhängigen und sogar die abseits stehenden Gemeinschaften, wie die Volksrepublik China, gelehrt, dass die Vereinten Nationen für sie und ihre Interessen unumgänglich sind.

Damit ist zum ersten Mal in der Geschichte eine annehmbare Grundlage für die kollektive Sicherheit da. Denn sie hebt sich von den traditionellen Bündnisvorstellungen erst dann ab, wenn der Rahmen allumfassend wird und die Sicherheitsverpflichtungen aller gegenüber allen die dann überwundenen Formen der Bündnisverpflichtung oder der Bündnislosigkeit ersetzen. Die kollektive Sicherheit ist aber als praktisches System trotzdem noch zu erkämpfen. Die Satzung der Vereinten Nationen, wie sie vor zehn Jahren anerkannt wurde, hat sie nicht voll ausgearbeitet. Vielmehr herrschte damals die Auffassung vor, dass über Sicherheitsfragen die fünf Großmächte ins letzte Wort unter sich zu sprechen hätten.

Zehn Jahre Kampf um die Abrüstung innerhalb der Vereinten Nationen haben nun zu Sicherheitsvorstellungen und denkbaren Möglichkeiten ihrer Verwirklichung geführt, die zum ersten Mal die kollektive Sicherheit auch praktisch zu einer allgemein verpflichtenden Angelegenheit machen, nämlich in den Vorschlägen, die in den Aussprachen zwischen den Vertretern in der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen der Großmächte in London im Februar-Mai dieses Jahres zur Kontrolle der Waffenherstellung und der Rüstungen ausgearbeitet wurden. Das können wir mit den Vereinten Nationen feiern. * * * - 3 -

16.6.1955

Eiltempo-Militarisierung verwirrt Frankreich

B.V., - Paris

Die Bonner Republik fühle sich als der verlängerte Arm der USA, allerdings nur jener Kreise in den USA, die Säbelrasseln für die höchste Kunst der Politik halten, behauptete kürzlich ein nach rechts orientierter Pariser Senator. Die unabhängige Tageszeitung "Le Monde" drückte einen ähnlichen Gedankengang aus. Sie sagte, das Flugzeug, mit dem der Kanzler nach Washington flog, ist eine amerikanische Maschine, die jedoch, der Lufthansa gehörig, unter bundesdeutscher Flagge fliegt; dies sei symbolisch, denn die Bundesrepublik habe zwar ihre Souveränität erhalten, in vielen Hinsichten aber sei sie "die europäische Verlängerung" Amerikas.

Mit ungeheurer Feinfühligkeit war in Bonn kurz vor der Abreise des Kanzlers erklärt worden, er werde in Washington den amerikanischen Regierungschef und auf der Rückreise in London den britischen Regierungschef sprechen - wobei es um die Moskauer Einladung geht - von einer Rücksprache mit dem französischen Ministerpräsidenten jedoch war dabei nicht die Rede. Kein Wunder, dass eine so robuste Darstellung des Reiseprogramms bei den Franzosen einen wunderlichen Eindruck machte: War es nicht gerade der Bundeskanzler, der bei jeder passenden Gelegenheit betonte, nichts sei wichtiger für die europäische Politik als eine enge Zusammenarbeit mit Frankreich?

Während der Bundeskanzler sich bemüht, im Laufschrift sein Heer aufzustellen und in aller Eile nach Washington jagt, um die Militarisierung zu beschleunigen, war Herr Molotow in Paris, unterhielt sich wie ein netter Onkel mit Pariser Politikern und Beamten, stieg in den Zug, kletterte behäbig heraus, unterbrach dieses Mal unfreiwillig, weil die "Queen Elizabeth" nicht rechtzeitig ankam - seine Reise nochmals, trat wiederum als gemütlicher Oheim auf, bestieg dank den Dampfer, der sich, im Verhältnis zu Adenauers Super-Constellation wie eine Schnecke fortbewegt, und segelte nach Touristen-Manier gen Amerika. Ganz deutlich: Der Mann hatte es nicht eilig. Der Kream hatte auf dem politischen Schachbrett den ihm richtig erscheinenden

Zug gemacht - jetzt liess er den anderen Zeit, sich die Köpfe über den Gegenzug zu zerbrechen.

Natürlich kümmert es Bonn nicht, dass die Hast, mit der die bundesdeutsche Regierung die Militarisierung vortreibt, in Frankreich einiges Kopfschütteln und auch einige Besorgnis hervorruft. Das war nur interessant, solange die Pariser Verträge nicht ratifiziert waren; jetzt aber, so wenigstens scheint es, mögen die Franzosen denken was sie wollen. Ebenso gleichgültig ist natürlich, was sie zu der innenpolitischen Entwicklung sagen, von Stahlhelm-Erwachen, zu den Forderungen der Herren Opfer der Entnazifizierung und was es sonst noch an erfreulichen Nebenerscheinungen der Biltztempo-Militarisierung gibt.

Es leiden jedoch beileibe nicht alle Menschen an Gedächtnisschwund, im Ausland so wenig wie in Deutschland. Der Stahlhelm ist unvergessen. Die Folgen des Nazismus sind noch nicht einmal zur Hälfte verdaut. Und wenn es so schön und verheißungsvoll hieß, die parlamentarische Kontrolle werde bei der Heeresaufstellung geradezu musterhaft in Aktion treten, so hatten schon bei der Ankündigung manche Leute recht kräftige Bedenken. Schließlich war es einer der Freunde Dr. Adenauers, der nach dem Scheitern der EVG in aller Offenheit vor den Folgen eines selbständigen deutschen Heeres und deutschen Generalstabes warnte, und an das, was er damals sagte, denken heute viele Franzosen zurück. Der Redner war kein anderer als der "Europäer-Schuman", d.h. derselbe Robert Schuman, der die Montanunion ins Leben rief und heute als Justizminister Mitglied des Kabinetts Edgar Faure ist.

Dabei ist Paris sich im Grunde darüber einig, dass der Kanzler kein russisches Angebot zur Wiedervereinigung zu befürchten braucht. Es ist schwer, einen französischen Politiker zu finden, gleichviel welcher Partei, der in der Wunsche der Sowjet-Union, die Beziehungen zu "normalisieren" mehr sieht, als eben diesen klar ausgedrückten Wunsch. Der Kanzler, heisst es, könnte ruhig morgen schon nach Moskau fahren, nichts werde ihm dort vorgeschlagen werden, was er sofort annehmen oder ablehnen müsste. Dennoch muss man, wird ironisch erklärt, begreifen, dass er erst einmal "drüber" hören will, was man sagt. Denn schließlich gehe es darum zu wählen zwischen Einheit und Unabhängigkeit auf der einen Seite und -um noch einmal "Le Monde" zu zitieren- "die Aufrechterhaltung der Protektion, wenn nicht des Protektorats, durch das Ausland" auf der anderen. Moskau aber habe Zeit und anscheinend auch Geduld. Die biedere Art, in der Onkel Molotow in den fernen Westen reiste, sei tatsächlich symbolisch. * * *

KP-Betriebsratsmehrheit im Hüttenwerk
Hagen-Haspe gebrochen

sp - In dem Klöckner-Hüttenwerk Hagen-Haspe fand am 15. Juni erneut eine Betriebsratswahl statt. Die vorausgegangene Wahl wurde infolge begangener Formfehler annulliert.

Bekanntlich gelang es den Kommunisten bei der im März stattgefundenen Wahl von 29 Sitzen 15 in ihre Hand zu bekommen. Aktive kommunistische Funktionäre hatten es verstanden, große Teile der Belegschaft für sich zu gewinnen. Bei der am 15. Juni stattgefundenen neuen Wahl gelang es, diese kommunistische Mehrheit zu beseitigen.

Nach einer Entscheidung der Belegschaft wurde die Zahl der zu wählenden Betriebsratsmitglieder auf 21 begrenzt.

Die Wahl vom 15. Juni zeigt folgendes Ergebnis:

Liste 1 (neutrale Liste):	kein Mandat
Liste 2 (SPD):	7 Mandate
Liste 3 (KAB):	1 Mandat
Liste 4 (KP):	9 Mandate

Auf der Liste der Angestellten wurden folgende Kandidaten gewählt: 1 SPD, 1 CDU, 2 Parteilose. Im Endergebnis stehen also den 9 gewählten KP-Vertretern 12 Anti-Kommunisten gegenüber. Mit diesem Resultat dürfte die Vorherrschaft der KP im Betriebsrat gebrochen sein.

Nach dem Ausgang der Wahlen zeigte sich in den Reihen der Kommunisten eine tiefe Enttäuschung. Noch am Vorabend der Wahl waren sie fest davon überzeugt, wenigstens 14 bis 15 Mandate zu erobern. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftler, die mit einer eigenen Liste den Kampf bestritten, konnten ihre Position mit diesem Wahlausgang erheblich verbessern.

* * *

Ein trübes Kapitel

sp - Vor dem Bonner Landgericht ist der politische Redakteur des "Rheinischen Merkur", Paul Wilhelm Wenger, wegen übler Nachrede gegen den sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Dr. Arndt verurteilt worden.

Wenger ist politisch ein eifriger Kämpfer für die Vorwegung der

Bundesrepublik und ein Warner vor den Gefahren, die ein wiedervereinigtes Deutschland mit sich bringt. Er ist ein geschworener Feind der SPD, der Gewerkschaften und jeder politischen Auffassung, die man als linksstehend bezeichnen könnte. Diese seine Grundauffassung zu vertreten, ist sein Recht. Es hat in der Vergangenheit manche Gelegenheit gegeben, sich damit auseinanderzusetzen, wie es sie vermutlich auch künftig geben wird.

Die politischen Ansichten des Journalisten Wenger spielen in diesem Zusammenhang keine Rolle. Durch den soeben beendeten Prozess ist aber der Nachweis einer ausgesprochen unsauberen menschlichen Haltung Wengers erbracht worden. Das aber wird das Urteil über die Motive seiner politischen Auffassungen nicht unberührt lassen.

Wenger hätte bei der Verleumdung des Abgeordneten Arndt (Begünstigung und Rechtsbeugung zugunsten des Nationalsozialismus in den Jahren 1929 - 1931) wissen müssen, dass diese Vorwürfe nicht stichhaltig waren. Er hat sich in seiner Darstellung im "Rheinischen Merkur" auf einen Brief des damaligen Justizministers Dr. Dehler an den Rechtsausschuss des Bundestages bezogen, aber eine eigene, weitergehende Interpretation des Inhaltes dieses Briefes hinzugefügt. Dehler selbst hat als Zeuge erklärt, er habe dem Abgeordneten Arndt nie Rechtsbeugung und Begünstigung vorgeworfen und er habe auch in einem ersten Prozess auf Wenger beschwichtigend einzuwirken versucht. Wenger erklärte auch am 8. Februar 1954 öffentlich, er halte seine Vorwürfe nicht aufrecht, hat sie aber dann doch in einem späteren Brief an den seinerzeitigen Chefredakteur des sozialdemokratischen Zentralorgans "Neuer Vorwärts" wiederholt. Dies war dann für Dr. Arndt der Anlass zur Klage.

Der Abgeordnete Arndt geht aus diesem Prozess voll rehabilitiert hervor. Die gegen ihn erhobenen Vorwürfe sind nach der Entscheidung des Gerichtes "aus dem Ablauf der Beweisaufnahme erwiesen unwahr". Die damaligen Vorgänge sind anhand umfangreicher Aktenunterlagen nachgeprüft und durch Zeugenaussagen erhärtet worden.

Für Wenger ist das Peinliche an dem Prozessergebnis, dass ihm nicht etwa nur ein Irrtum nachgewiesen wurde, sondern, wenn nicht ausdrücklich, so doch nach Sinn und Inhalt des Urteils und seiner Begründung, die verleumderische Absicht gegenüber einem politischen Gegner. Das wird, wie gesagt, nicht ohne Rückwirkung auch auf die Bewertung des Journalisten Wenger bleiben. * * *

Verantwortlich: Peter Raunau